

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil
Begründer 1856

Druck u. Verlag: Siegel & Reichardt, Dresden, Postfach-Nr. 1048 Dresden
Kochstr. 10 mit druck. Anstalten
(Eigent. Koch.)
Schiffstraße 28/29

Die Lausanne-Delegation wieder in Berlin

Vapen reist Donnerstag nach Neudorf

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Juli. Die deutsche Lausanne-Delegation traf unter der Führung des Reichskanzlers von Vapen am Sonntag wieder in Berlin ein. Zur Begrüßung der Zurückkehrenden hatten sich auf dem Bahnhof Vahnhof der Reichsinnenminister von Gayl, der Staatssekretär der Reichskanzlei, Dr. Plank, sowie eine Reihe von höheren Beamten der Reichsregierung eingefunden. Der Reichskanzler verließ, nachdem er den Ankunfts der Photographen über sich hatte ergehen lassen, gemeinsam mit dem Reichswirtschaftsminister Warnebold und dem Staatssekretär des Auswärtigen von Bülow den Bahnhof. Der Außenminister Freiherr v. Neurath ist nach Genf gefahren, um noch an der Vorbereitung der Beratungen des Völkerbundes über die Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen, sowie sich über den Verlauf der Abrüstungskonferenz zu unterrichten. Der Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk hat einen kurzen Urlaub angetreten.

Nachdem bereits im Laufe des Sonntags zwischen dem Reichskanzler und den in Berlin verbliebenen Kabinettsmitgliedern eine Prüfungnahme über die in Lausanne getroffenen Vereinbarungen stattgefunden hatte, wird sich das Kabinett am Montagvormittag offiziell mit der Lausanner Regelung befassen.

Am Donnerstag wird der Reichskanzler dem Reichspräsidenten in Neudorf Bericht erstatten.

Die am Montag stattfindende Kabinettsitzung soll vor allem dazu dienen, eine Billigung des gesamten Kabinetts für den in Lausanne abgeschlossenen Vertrag herbeizuführen. Ob die Bedenken, die auch innerhalb des Kabinetts gegen die in Lausanne getroffene Regelung bestehen, das erwidlichen, wird sich erst nach der Kabinettsitzung vom Montag erkennen lassen. Ebenso läßt sich heute noch nicht sagen, inwieweit der Gedanke, daß für den Lausanner Vertrag in erster Linie der Kanzler persönlich und nicht das Gesamtkabinet verantwortlich sei, von maßgebenden Stellen geteilt wird. Eine Vorlage an den Reichstag über die Ratifizierung des Abkommens wird für die erste nicht erfolgen, da ja für die Ratifizierung erst der am 31. Juli zu bildende Reichstag maßgebend ist. Die Frage, ob der Vertrag von Lausanne ratifiziert wird, hängt ja auch nicht allein von Deutschland ab, sondern wesentlich ist hier die Haltung Frankreichs. Ob Herriot das Abkommen gegenüber einer Mehrheit der Kammer in Paris durchsetzen wird, wird sich erst nach der außenpolitischen Debatte erkennen lassen, die die französische Kammer in der kommenden Woche annehmen will.

Die in einigen Reichsblättern wiederergebene Vermutung, daß ein englisch-französisches Abkommen bestehe, wonach die endgültige Ratifizierung des Vertrages in Paris und in London erst erfolgen solle, wenn die Frage der Kriegsschulden in Amerika bereinigt sei, erfährt von den amtlichen Berliner Stellen zunächst noch keine Bestätigung. Sollten aber diese Annahmen zutreffen, so wäre für die Reichsregierung mindestens eine neue Situation geschaffen. Im Laufe des Montagvormittags wird der Kanzler v. Vapen die Vertreter der deutschen Presse empfangen. Man nimmt allgemein an, daß er sich bei diesem Anlaß über die Einzelheiten der Lausanner Vereinbarungen weit ausführlicher äußern wird, als dies bei seiner Lausanner Rundfunkansprache möglich war. Seine Darlegungen werden auch erkennen lassen, welche Pläne seitens der Reichsregierung zur Durchführung der in Lausanne bekanntlich wieder zurückgezogenen politischen Forderungen Deutschlands verfolgt werden sollen.

Herriot: Ausgezeichnete Verhandlungen

Paris, 10. Juli. Ministerpräsident Herriot ist mit der gesamten französischen Delegation heute vormittag aus Lausanne wieder in Paris eingetroffen. Mit dem gleichen Zuge trafen auch der britische Premierminister MacDonald und die englische Delegation in Paris ein. — Herriot erklärte bei seiner Ankunft: „Im ganzen genommen ausgezeichnete Verhandlungen, die besonders am Schluß sehr schwierig waren. Die Rechte Frankreichs sind vollkommen vorbehalten. Ich sehe keinen Punkt, über den man noch streiten könnte. Was man besonders verstehen und im Auge behalten muß, ist die Tatsache der engen Verbindung zwischen den Reparationen und den interalliierten Schulden.“

Alles ist einem Abkommen mit Amerika untergeordnet. Wenn die amerikanische Regierung das Lausanner Abkommen für gut befindet und wenn über die Schuldenfragen ein befriedigendes Abkommen getroffen werden kann, so wird die in Lausanne getroffene Reparationsregelung ratifiziert und ihre Früchte tragen. Im anderen Falle erlangt jeder seine Handlungsfreiheit wieder.

Ich möchte noch besonders den englischen Unterhändlern, Ministerpräsident MacDonald, dem Schatzkanzler

Chamberlain und dem Außenminister Simon, danken. Sie haben uns einen Beweis ihrer aufrichtigen Freundschaft gegeben und die Uebereinstimmung unserer Auffassung hat es uns erlaubt, zum Ziele zu gelangen.“

Begeisterter Empfang Macdonalds in London

London, 10. Juli. Die Ankunft Macdonalds auf dem Victoriabahnhof in London gestaltete sich zu einer begeisterten Kundgebung für den englischen Ministerpräsidenten. Als der Zug einfuhr, wurde Macdonald von einer Tausenden zählenden Menschenmenge begrüßt, die ihn mit beglückwünschenden Zurufen umringte. Nur mit Mühe gelang es ihm, zu dem absperrten Platz zu gelangen, wo der Vertreter des Königs und seine Kabinettskollegen ihn erwarteten. Auch der französische Botschafter war erschienen. Macdonald unterhielt sich zunächst mit einigen Kollegen, worauf er bemerkte:

„Wir haben es geschafft; und wir haben mehr geschafft, als wir erwartet haben.“

Später sprach er folgende Worte ins Mikrophon: „Ich freue mich, wieder hier zu sein, nachdem wir einen außerordentlich schweren Kampf um die großartige Sache mit glänzenden Erfolgen ausgedauert haben. Ich hoffe, es wird der Beginn des Vertrauens, der Hoffnung und der guten, ehrlichen und harten Arbeit sein.“ Als Macdonald mit seinem Kraftwagen nach der Downing-Street abfuhr, wurde er noch einmal von der begeisterten Menge mit Zurufen gefeiert. — Sonntagabend hatte Macdonald eine einhalbstündige Audienz beim König.

Die Keryle haben Macdonald wegen der Ankündigungen der letzten Tage vollständig Ruhe bis zum Dienstag verordnet. Insofern wird Macdonald erst am Dienstag im Unterhaus eine Erklärung über Lausanne abgeben.

Washington bremst

Keine Änderung in der Kriegsschuldenpolitik

Washington, 10. Juli. Das Staatsdepartement veröffentlicht folgende Erklärung: Die amerikanische Regierung ist erfreut darüber, daß die in Lausanne versammelten Nationen eine Vereinbarung zur Reparationsfrage erreicht und damit einen großen Schritt vorwärts zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage Europas getan haben. Hinsichtlich der Frage der von den europäischen Regierungen den Vereinigten Staaten als Kriegsschulden geschuldeten Beträge ist keine Änderung in der Haltung der amerikanischen Regierung eingetreten, die mit aller Deutlichkeit in der Erklärung des Präsidenten vom 20. Juni letzten Jahres zur Angelegenheit des Moratoriums für die von Regierung zu Regierung geschuldeten Beträge dargelegt worden ist.

Die zitierte Hoovererklärung vom 20. Juni 1931 lehnte eine Streichung der alliierten Schulden ab, stellte eine völlige Trennung der Reparationen von den alliierten Schulden erneut fest und bezeichnete als Maßstab für die Beurteilung der Verträge mit den Alliierten die jeweilige Zahlungsfähigkeit der Alliierten.

Die amerikanische Regierung ist also noch wie vor bereit, Anträge auf Herabsetzung der Schulden der Alliierten wohlwollend zu prüfen. Aber zunächst muß die neue Regelung der Reparationsfrage endgültig in Kraft getreten sein. Bis zu den Novemberwahlen sind der amerikanischen Regierung die Hände gebunden, da sie ohne Zustimmung der beiden Häuser des Kongresses nichts unternehmen kann. Eine Erörterung dieser Frage aber würde jetzt vor den Wahlen sofort parteipolitisch sowohl zum Schaden Hoovers als auch zum Schaden der alliierten Schuldner ausgefacht werden.

Der demokratische Senator Gore (Oklahoma) brachte die Anfrage ein, ob die Schuldnerländer der Vereinigten Staaten es vorziehen würden, der amerikanischen Regierung die früheren deutschen Kolonien an Stelle der Kriegsschuldenrückzahlung zu übereignen (1).

Schwere Verkehrsunfälle in Berlin

Kesselexplosion auf einem Spreddampfer

Berlin, 10. Juli. Am Sonntagvormittag gegen 9 Uhr ereignete sich auf einem Ausflugsdampfer am Charlottenburger Ufer ein schweres Unglück. Auf dem Dampfer, der an der Caprivibrücke angelegt hatte, um Fahrpläne für eine Fahrt nach den Havelseen anzunehmen, explodierte aus noch unbekannter Ursache der Dampfkessel. Von den an Bord befindlichen 100 Ausflüglern wurden 35 verletzt, darunter 14 schwer. Bei den Verletzten handelt es sich größtenteils um Verbrühungen. Der Dampfer trat so schwere Verbrühungen davon, daß er bald nach seiner Ueberführung ins Krankenhaus verfuhr.



Die Ankunft der Lausanne-Delegation in Berlin. Reichskanzler von Vapen (mit schwarzer Umbrinde) wird vom Reichsinnenminister von Gayl begrüßt. Hinter dem Reichskanzler Wirtschaftsminister Prof. Warnebold, Links Ministerialdirektor Gayl.

Von den Schwerverletzten sind inzwischen noch drei verstorben.

Schon drei Minuten nach dem Unglück war der erste Feuerlöscher an der Unglücksstelle, so daß den Verletzten sehr bald Hilfe zuteil wurde. Feuerwehr und Polizei holten die Verwundeten von dem Dampfer herunter und brachten sie in das in der Nähe befindliche Krankenhaus. Vierzehn Verletzte muhten im Krankenhaus bleiben.

Zu dem Unglück sind noch folgende Einzelheiten zu melden: Wenige Minuten vor der Abfahrt, als etwa hundert Fahrpläne, zum Teil Familien, auf dem Dampfer Platz genommen hatten, erschütterte eine schwere Detonation das Schiff. Gleichzeitg schossen aus dem Kesselraum dicke Dampfwolken hervor. Der Fahrpläne bemächtigte sich eine Panik, die noch durch die Hüllrufe der zahlreich Verletzten verstärkt wurde. Glücklicherweise benachrichtigten am Ufer befindliche Personen sofort die Feuerwehr und die Polizei. Ihren vereinten Anstrengungen ist es zu danken, daß die Verletzten schnellstens den Unfallstationen angeführt werden konnten.

Wie die Telegraphenunion noch erfährt, schweben einige der Schwerverletzten in Lebensgefahr.

Ein Polizei-Auto rast in einen Straßenbahnwagen

Berlin, 10. Juli. Am Sonnabendabend ereignete sich im Südosten Berlins an der Ecke der Mannun- und Adalbertstraße ein schwerer Verkehrsunfall, bei dem zahlreiche Personen, zum Teil sehr schwer, verletzt wurden, darunter eine ganze Anzahl von Kindern, die aus Treptow von einem Ferienaufenthalt zurückkehrten. Ein großer Ueberfallwagen der Polizei, der von der Lustgartenkundsgebung der Nationalsozialisten zurückkehrte, rast in voller Fahrt auf einen Straßenbahnzug der Linie 3, der aus Treptow kam. Der Zusammenstoß war so hart, daß der Ueberfallwagen stark beschädigt und ein Straßenbahnwagen in der Mitte durchgeschnitten und aus den Schienen gehoben wurde. Der Verkehr an der Unglücksstelle war eine Stunde lang gesperrt. Mehrere Fahrzeuge der Feuerwehr waren beschäftigt, die beschädigten Fahrzeuge aus dem Wege zu räumen. Wie verlautet, sollen sechs Personen schwer und zehn Personen leicht verletzt sein. Ueber die Schuldfrage ist bisher noch nichts bekannt.

Seiffert in Prag verhaftet

Prag, 10. Juli. Bankdirektor Will Seiffert, der Direktor der Bank für Handel und Grundbesitz, der von der Berliner Polizeidirektion bereits längere Zeit wegen Betrugs, und zwar wegen Bilanzfälschungen, verfolgt wurde, ist hier verhaftet worden. Er leugnete bei seiner Verhaftung jede Schuld. Ein größerer Geldbetrag, der bei ihm gefunden wurde, wurde beim Gericht deponiert.